Der Courier

Organ der Deutsch-Canadier
Erscheint jeden Mittwoch.

Extrablatt

Kriegs- und Spezialnachrichten des „Courier"
Erscheint jeden Sonnabend.

Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."

C. C. Ermann,
Geschäftsführer und Chefredakteur.

Redaktion, Expedition und Druckerei:
1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
In der Nähe des Marktplatzes.
P. O. Box 505 — Telephon 3391

Abonnementspreise:

„Der Courier"
Die große Mittwoch-Ausgabe von 16 oder 20 Seiten kostet bei Vorausbezahlung $2.00 pro Jahr.

„Extrablatt"
Die Sonnabend-Spezialausgabe nur gegen Vorausbezahlung $1.00 jährlich.

Anzeigenraten für beide Publikationen werden auf Verlangen gern mitgeteilt.
Neue Raterkarte gibt volle Information.
Besondere Raten für „Kleine Anzeigen", wie: Auktionen, Farmverkäufe, Stellen- und Heiratsgesuche, Verlangt, Verloren, Gefunden, Entlaufen, Zugelaufen, Verpachten, usw., sowie kurzgefaßte Geschäftsadressen, gegen Vorausbezahlung.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig ... 50 Cts.
Für jede zweite Insertion ..... 25 Cts.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig ... 75 Cts.
Für jede zweite Insertion ..... 50 Cts.
Für jede weitere Anzeige dieselben Beträge.

Berichte und Mitteilungen für die Schriftleitung sowie Anzeigen und Aenderungen früherer Anzeigen müssen bis jeden Sonnabend Abend eintreffen, wenn dieselben noch Aufnahme in der folgenden Nummer finden sollen.

Korrespondenzen und Mitteilungen aus allen deutschen Kreisen und Ansiedlungen werden jederzeit gern aufgenommen.

Die Leser werden gebeten, Adressenänderungen sofort mitzuteilen und dabei die alte und die neue Adresse anzugeben; ebenso bittet die Expedition um sofortige Benachrichtigung, falls eine Zeitung einmal ausbleibt oder verspätet eintrifft.

Auf Wunsch der Grand Trunk Pacific Railway Company veröffentlichen wir folgende Bekanntmachung.

Die canadischen Eisenbahnen haben dem Ausschuß der Eisenbahnkommissare ein Gesuch um allgemeine Erhöhung der Frachtraten eingereicht. Die gewünschte Erhöhung soll, wie wir hören, 15 Prozent betragen. Zugleich soll auch eine 15prozentige Erhöhung der Passagierraten eingeführt werden. Diese Handlungsweise hat sich infolge der steigenden Betriebsunkosten, denen die Eisenbahnen gegenüberstehen, als notwendig erwiesen. Arbeitskräfte sind in ihren Lohnanforderungen sehr gestiegen, und die allgemeine Ausrüstung kostet zweimal soviel als in früheren Jahren. Die nötige Brennkohle wird allein die canadischen Eisenbahnen in diesem Jahre verschiedene Millionen Dollars mehr kosten, als im Jahre 1916. Der Kohlenverbrauch auf den canadischen Bahnen beträgt annähernd 25,000 Tonnen am Tag, oder mehr als 9 Millionen Tonnen im Jahr. Für diese Kohlen werden die Eisenbahnen in den nächsten 12 Monaten einen viel höheren Preis zu zahlen haben, als jemals vorher während der Zeit ihres Bestehens.

Die Kontrakte für Eisenbahnkohlen mit den Minen laufen von April zu April, und in den neuen Abkommen wird eine Preiserhöhung von etwa 100 Prozent verlangt.

Neben dem hohen Kaufpreise müssen die canadischen Bahnen der Dominialregierung für Lokomotivkohle eine Zollgebühr von 53 Prozent per Tonne für den Eintritt nach Canada bezahlen, und außerdem 7¼ Prozent Zuschlagstaxe. Diese letztere war ein Teil des „War Revenue Act" von 1915 und beruht auf dem Werte der Kohle. Mit der Verdoppelung des Preises für Kohle wird auch diese Gebühr ganz automatisch in die Höhe gehen und eine neue schwere Last bedeuten. Man schätzt, daß selbst die vorgeschlagene Erhöhung der Fracht- und Passagierraten sich noch als unzulänglich erweisen wird, um die gesteigerten Kohlenunkosten der Bahnen zu decken. Außerdem benutzen die Bahnen andere Produkte im Werte von Millionen von Dollar, und auch diese Produkte steigen beständig im Preise. Der Preis für Lokomotiven ist um 90 Prozent, der von Passagierwagen um 50 Prozent, der von Frachtwagen auf 50 und der von Schienen auf 10 Dollar per Tonne gestiegen.

Seit Beginn des Krieges ist auch ein stetes Anwachsen der Löhne zu verzeichnen gewesen.

Es werden der Eisenbahnkommission Belege vorgeführt werden, die über allen Zweifel hinaus beweisen werden, daß die Bahnen den infolge dieser Preissteigerungen auf sie entfallenden Lasten nicht begegnen können. Beamte canadischer Eisenbahnen behaupten, daß ein mäßiger Zuschlag in Frachtraten das Gemeinwesen in keiner Weise überbürden, sondern sich in Wahrheit als eine nationale Ersparnis erweisen, indem er dazu beitragen würde, daß der ausreichende Bahndienst geleistet werden könnte, den das nationale Geschäftsleben erheischt und der anders nicht geleistet werden kann.

Die Eisenbahnen gehen in ihren Forderungen von dem Standpunkt aus, daß sie augenblicklich die einzigen Betriebe in der industriellen Welt sind, die ihre Produkte zum alten Kostenpreise liefern und doch zur selben Zeit für alles, was sie kaufen, mehr denn je zuvor bezahlen. Die Verweigerung des Frachtzuschlages würde, wie die Eisenbahnausschüsse behaupten, die Eisenbahnen schwer schädigen.

The Aim of the Foreign Language Newspapers of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada: To revere its laws and inspire others to respect and obey them: To strive unceasingly to quicken the public's sense of civic duty: In all ways to aid in making this country greater and better.

Der Gesellschaftsvertrag.

Jean Jacques Rousseau ist ein Prophet des Volkswillens gewesen. In einer Zeit, als das Volk nur aus Untertanen bestand, verkündigte er die breiteste Mitwirkung aller am Staat. Kein Mensch außerhalb des unmittelbaren Bannkreises des Propheten hätte es damals für möglich gehalten, daß 150 Jahre nach der Abschaffung seines „Contrat social" (Gesellschaftsvertrag) schon fast alle Länder der Erde sich dem Gedanken Rousseaus grundsätzlich geöffnet haben würden. Gerade aber unsere letzte Zeit hat deren Triumph vollendet, denn Rußland, Türkei, Persien und selbst China bewegen sich in der Richtung auf das Staatsbürgerrecht, und England fängt an, in seinem parlamentarisch regierten Staate die Teilnahme aller an der Regierung wirklich herzustellen. Daß es dabei noch Gebiete gibt, wie beispielsweise das Königreich Preußen, in denen die grundsätzliche Anerkennung des Rousseauschen Staatsbürgerrechtes durch Klammern und Klauseln fast ganz wieder verdorben wurde, ist leider wahr, ändert aber nichts an der Tatsache, daß die Weltgeschichte im ganzen dem weissagenden Uhrmacher-sohn von Genf recht gegeben hat und aller Wahrscheinlichkeit nach weiterhin geben wird. Man findet nämlich, daß trotz aller Einwendungen gegen die Volksherrschaft kein gegenteiliger Grundsatz irgendwie sieghafte Kraft besitzt. Monarchismus, Aristokratenherrschaft, Geldherrschaft, Bildungsherrschaft, alles das wird immer wieder versucht, und es fehlt dabei nicht an kleinen Teilerfolgen, aber unter allen staatsrechtlichen Systemen ist doch das von Rousseau vertretene bei weitem das stärkste geworden. Das Volk ist überall zur Nation herangereift, Objekte haben sich in Subjekte verwandelt, die Souveränität ist verteilt worden, so daß außer dem Königsmann auch der Handwerker, Bauer und Arbeiter sein kleines Teilchen von ihr hat. Und was die Hauptsache ist, die Völker haben damit keine schlechten Erfahrungen gemacht. Kein Volk will rückwärts in die Zeit vor Rousseau. Der Optimist hat gesiegt, er hat im Kern die Menschen doch besser verstanden, als seine händeringende Gegner, die an die Vernunft der Völker nicht zu glauben vermochten.

Es ist natürlich J. J. Rousseau so gegangen, wie allen Propheten in der Welt, daß sich nicht alles wörtlich so erfüllte, wie es in seinem Kopfe aufstieg. Darauf aber kommt es auch gar nicht an, denn alles einzelne war für ihn selber ja doch nur Hilfskonstruktion oder Anschauungsmittel zur Belehrung der Leser. In den Einzelbegründungen wechselt er selber in seinen verschiedenen Schriften. Es gibt sogar sehr große und wichtige Fragen, in denen er schwankt. Dazu gehört die Beurteilung des privaten Eigentums. Rousseau kommt gelegentlich bis an die Pforte des Kommunismus, geht dann aber wieder zurück und findet sich in der bürgerlichen Zivilisation zurecht. Das, was bei ihm das Bleibende ist, ist das allgemeine Menschenrecht auf Mitwirkung an der Staatsgemeinschaft. Wenn er dabei die Frauen noch nicht miteinstellte, so war das von seinen Vordersätzen aus ein Denkfehler; im übrigen aber ist er auf diesem seinem Hauptpunkt konsequent stehengeblieben: er haßte die ererbten politischen Rechte und pries die geborenen Rechte. Der Mensch ist frei geboren, gibt aber diese seine angeborene Menschenfreiheit zugunsten der Gemeinschaft auf unter der Bedingung, daß er in der Gemeinschaft vollberechtigter Teilhaber ist. Diese Teilhaberschaft heißt bürgerliche Freiheit. Es soll kein Gesetz gemacht werden, an dem nicht alle mitarbeiten. Das Staatsoberhaupt darf kein Gesetz von sich aus geben, denn der Gesetzgebung gegenüber sind auch Könige und Präsidenten nur Menschen. Ihr Amt ist Ausführung und Verwaltung. Wenn ein Volk seinen Willen zum Gesetz erhebt, so ist das nicht Revolution, sondern Herstellung der Rechtsordnung, denn ein Rechtsbrecher ist der, der den Volkswillen hindert.

Man kann selbstverständlich von den Königen und Aristokraten nicht verlangen, daß sie diese Staatsgedanken für richtig halten, denn stärker als von Rousseau sind sie von niemandem bekämpft worden. Sie setzen ihr historisches Recht gegen sein erdachtes Recht und nennen es eine bloße Theorie. Das merkwürdige ist dabei nur, daß auch die Königs- und Aristokratenrechte nur so lange einen praktischen Wert haben, als sie geglaubt werden. An dem Tage, an welchem ein Fürst von niemandem mehr für nötig gehalten wird, da helfen ihm alle Urkunden, Wappen, Salbungen und Kronen gar nichts. Daraus ergibt sich, daß die alten naturrechtlichen Staatsrechtslehrer vor Rousseau darin nicht so ganz unrecht hatten, wenn sie die Königsmacht auf eine Art stiller Beauftragung aller Staatsgenossen gründeten. Es hat zwar niemals ein feierlicher Akt der Königsbelehnung stattgefunden, es hat vielmehr der König gesagt, er sei von Gott gesendet, trotzdem aber bleibt bestehen, daß eine gewisse Zustimmung vorausgesetzt werden muß, und zwar eine Zustimmung der Soldaten, Beamten, Geistlichen, aber auch des übrigen Volkes. Da diese fehlt, da fürchtet sich der König. In solchem etwas abgeschmackten Sinne gibt es eine Art von Gesellschaftsvertrag auch in rein monarchischen Staaten.

An diesen stillschweigenden Gesellschaftsvertrag knüpft Rousseau an und erhebt ihn in das Bewußtsein der Beteiligten: Ihr sollt wissen, daß ohne Eure Zustimmung die Herrschenden Euch nicht beherrschen können! Wenn es richtig ist, daß die Herrscher nicht ohne Vertrag, d. h. nicht ohne Zustimmung der Mehrheit des Volkes Herrscher bleiben kann, dann ist er im Grunde ein Beauftragter der Zustimmenden. Er scheint zwar unabhängig zu sein, es genügt aber, den Unterhalt seiner Existenz aufzugeben, um ihn abhängig zu machen. Das allein ist es, was Rousseau tut. Er organisiert keine Revolution, er ist überhaupt kein Staatsmann; er ist nichts als ein lehrender Gelehrter ohne festen Unterschriftungsvermerk. Aber dieser Mann redet mit den Königen die Sprache der Weltgeschichte: Ich sage Euch, daß Ihr ohne die Masse nichts seid! Und die Weltgeschichte tritt für ihn ein und veranstaltet erlauchte Begebenheiten, bei denen Könige und Massen ihre Rollen wechseln. Es kommt die französische Revolution — das Volk zieht seine Zustimmung zurück.

Während man dieser Teil des Rousseauschen Gedankens in sich selbst klar und wirkungsvoll ist, gelingt es nun nicht, den anderen Teil ebenso durchsichtig zu gestalten, nämlich die Darstellung dessen, wie der Volkswille sich ordnungsmäßig äußern kann. Wir anderen Worten, es fehlt schon bei diesem ersten großen Gesellschaftskritiker das Kapitel von den Herrschaften innerhalb der Demokratie, ein Kapitel, über das bis heute die radikalen Strömungen umgern sprechen. Rousseau gibt an verschiedenen Stellen zu verstehen, daß er die Schwierigkeiten kennt, aber er geht ihnen aus dem Wege. Das ist sicherlich kein Vorwurf, denn seine Aufgabe war es, der erste mächtige Rufer der modernen Demokratie zu sein; aber wir unserseits müssen, belehrt durch die inzwischen gemachten Erfahrungen, zu Rousseaus Sätzen etwas hinzufügen, was sie zwar agitatorisch abschwächt, aber ihren Wahrheitsgehalt erhöht. Es handelt sich darum, daß der Volkswille nicht ohne Führung zustande kommt. Immer leistet die Masse nur Zustimmung, sie schafft aber als Masse keine Ideen. Es liegen in ihr „Stimmungen" und Bedürfnisse, aber erst wenn die Techniker der Massenführung sich dieser Stimmungen und Bedürfnisse bemächtigen, entsteht der Volkswille. Der Volkswille ist ein historisches Kunstprodukt gerade so wie der Königswille, er ist nicht eine einfache Naturerscheinung. Alles, was organisiert werden muß, entfernt sich eben dadurch schon in etwas von der Natur. Da nun aber Rousseau die Losung Rückkehr zur Natur ausgibt, kann er für die Demokratie zwar die gewaltige Stellungnahme, aber nicht die Art der Durchführung beschreiben.

Auch die Demokratie ergeugt sich ihre Präsidenten oder Herzöge oder wie wir sie nennen wollen. Das interessante Schauspiel der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten von Nordamerika beweist recht deutlich, wie wenig es auch bei allgemeinsten Wahlrechten gelingt, die führenden Oberhäupter auszuscheiden. Hunderttausende sind begleitender Chor für einen von ihnen emporgetragenen Helden. Rousseau will von Abgeordneten des Volkes nichts wissen, weil er sie als neue Tyrannen scheut. Die Geschichte aber hat überall Abgeordnete geschaffen, Abgeordnete, Parteihäupter und Sekretär. Es geht eben nicht, alle Herrschaft abzuwerfen. Man kann einzelne Herrscher beseitigen, kann alte Herrschaftstitel ändern, kann bevorzugte Klassen entthronen, aber schließlich schaut doch aus irgendeiner Ecke wieder ein neuer Herrenkopf heraus. Das, was geändert werden kann, ist die Wucht der Kontrolle seitens des Volkes.

Was also ist ein freier Staatsbürger? Ein Mitkontrolleur, ein Mitaufseher der Regierenden! Das Regieren selber ist teils eine persönliche Kunst und teils eine gelernte Arbeit. Schon das aber, daß die Menge mit Bewußtsein Kontrollrechte erwirbt, ist etwas Ungeheures. Das ist es, was Rousseau ihre zuerst verkündigt hat. Er glaubte an die Masse, so wie andere an die Könige geglaubt haben; und wie diese Letzteren die Könige mit Goldstrahlen umwoben in heiligen Wolken schauten, so sah er das Volk. Er sah hinter der kleinen und geringen Wirklichkeit des damaligen Volkes von Frankreich die Nation, die erst noch werden sollte, und sie wurde. Sie wurde aber nicht nur in Frankreich. Wir alle danken dem Sohne der französischen Westschweiz ein unverlierbares Gut, das Zutrauen zur Masse.

Die wahrhaft großen Gedanken sind an keine Landesgrenzen gebunden, und in Orient und Okzident, unter dem Sternenbanner und an der Newa und auch bei uns greifen in diesen Tagen Menschen voll politischer Glut zu den Schriften Rousseaus und legen ein Lorbeerblatt an den Fuß seines Denkmals.

Der Konservative, Major Bidwell, fällt in seiner Rede über die Deutsch-Canadier her

In einer am Mittwoch, den 20. Juni, in der Reginaer Stadthalle abgehaltenen konservativen Versammlung war Major Bidwell, der in voller Uniform eines canadischen Majors erschienen war, der Hauptredner. Der Zug, der den Herrn Major von Saskatoon nach Regina brachte, war etwas spät, deshalb fiel dem Vorsitzenden H. B. Bigelow, K.C., die Aufgabe zu, die sehr gemischte Versammlung von Konservativen und Liberalen zu unterhalten, bis der Major kam.

Herr McLean, der konservative Kandidat für Saskatoon, der zusammen mit Major Bidwell ankam, richtete an die Versammlung eine längere, jedoch recht langweilige Ansprache. Er fand nur selten die richtigen Worte, um seinen Gedanken, die oft nicht die besten waren, Ausdruck zu geben.

Bidwell, der nach McLean das Wort ergriff, war in seinen Ausdrücken nicht sehr wählerisch und keine Worte schienen ihm schmutzig genug zu sein, um die deutsch sprechenden Wähler Saskatchewans zu beschimpfen. Das Gesetz bezüglich der Soldatenstimmen und der sogenannten „Aliens" wurden vom Major in besonders „liebenswürdiger" Weise behandelt. Er belegte besonders die „Aliens" mit manchen nicht gerade angenehmen Schmeichelnamen.

Inbezug des Soldatenstimmrechtes beschuldigte er die liberale Regierung Saskatchewans, eine große Ungerechtigkeit begangen zu haben. Er sagte, daß ein Vertreter für ungefähr 1500 Wähler bestimmt sei, und daß die Zahl der Soldaten ungefähr 33,000 betrage. Auf einer solchen Basis berechnet, wären die Soldaten zu ungefähr 20 Vertretern berechtigt. Eine solche Vertretung ließe die Regierung jedoch nicht zu, weil sie die Stimmen der Soldaten fürchte. Anstelle der Soldatenstimmen hege und pflege die Martinregierung jedoch die Stimmen der Ausländer. Und hier erging sich der Herr Major in allen erdenklichen Schimpfnamen über die „Aliens". Er behauptete, daß die in Canada naturalisierten Ausländer nicht loyal seien, und daß sie von jedem Manne, der Soldat sei und an der Front kämpfe, verdammt würden. „General Embury selbst will nicht, daß Ausländer für ihn stimmen," so sagte er, „und wenn er erfahren würde, daß er mit Hülfe ausländischer Stimmen gewählt werden sollte, so würde er sicherlich auf die Kandidatur verzichten". Und dabei besuchen konservative Agenten die Wohnungen unserer deutschsprechenden Wähler in Regina und fordern sie auf, für Embury zu stimmen.

„Premier Martin hingegen," sagte Major Bidwell weiter, „rechnet auf die Stimmen dieser Ausländer und hat sogar Flugschriften in deutscher Sprache herausgegeben die seine Photographie auf der Titelseite zeigen. In diesen Flugschriften appelliert er an deutschsprechende Wähler."

Er nannte dann die Wähler fremder Nationalitäten „Verräter" und verglich sie mit einer wilden Bestie. „Ebensowenig wie ein Leopard sein Fell ändern kann", so sagte er, „ebensowenig kann ein „Alien" loyal sein." Mit solchen und ähnlichen Redensarten warf er ein ganze Weile um sich und sagte z. B. auch, daß keinem Deutschen das Bürgerrecht verliehen werden sollte, der nicht fließend Englisch sprechen und schreiben könne. Ein Mensch, der nicht Englisch sprechen könne, habe kein Recht, über den Erlaß irgendwelcher Gesetze im Lande seine Stimme abzugeben.

Wenn der gute Mann denkt, daß er damit den Konservativen genutzt hat, so dürfte er sich sehr im Irrtum befinden. Die Wahl wird zeigen, daß die Deutschen genug von der konservativen Medizin haben, und daß sie soviel Selbstachtung besitzen, nichts, auch nicht das Geringste mehr mit einer solchen Sippschaft zu tun haben zu wollen.

Eine weitere Rede des Präsidenten Wilson.

Washington. — Der Wortlaut der Rede, die Präsident Wilson vor dem Washington-Monument anläßlich der Flaggentagsfeier gehalten hat, ist folgender:

„Mitbürger! Wir sind zusammengekommen, um den Flaggentag zu begehen, denn die Flagge, die wir ehren und unter der wir dienen, ist das Zeichen unserer Einheit, unserer Macht und unseres Wesens als Nation. Mag auch die Flagge stumm sein, so spricht sie dennoch zu uns aus Tagen der Vergangenheit, sie spricht zu uns von Männern und Frauen, die vor uns gingen, und von ihren Taten. Wir feiern den Tag ihrer Geburt, und von ihrer Geburt bis auf den heutigen Tag hat sie Großes erlebt, hat sie doch als Symbol denkwürdiger Ereignisse in den Lüften gewebt. Jetzt sind wir dabei, die Flagge in die Schlacht zu tragen, sie wehen zu lassen, wo sie das Feuer unserer Feinde auf sich ziehen wird. Wir sind im Begriff, Tausende, Hunderttausende, ja, vielleicht Millionen von unseren Söhnen, die jungen, starken, fähigen Männer der Nation, hinauszusenden, um fern von uns auf blutigem Schlachtfeld zu sterben — und wofür? Für etwas uns Fremdes? Für etwas, was unserer Flagge bisher neu war? Nie zuvor sind amerikanische Armeen über das Weltmeer gesandt worden. Weswegen werden sie jetzt gesandt? Für einen Zweck, dem diese große Flagge nie zuvor gedient hat, oder altbekannter, heroischer Ziele wegen, für die sie Männer, Männer aus unserem eigenen Volk, auf jedem Schlachtfeld gesehen hat, auf dem Amerikaner seit der Revolution gekämpft haben?

„Das sind Fragen, die der Antwort harren. Wir sind Amerikaner. Wir müssen der amerikanischen Flagge dienen, wie wir ihr stets gedient haben. Wir werden uns einst dem Wahrspruch der Geschichte beugen müssen und müssen stank und frei bekennen, welche Ziele wir im Auge haben.

„Es ist klar genug, wie wir in den Krieg hineingedrängt wurden. Die außergewöhnlichen Beleidigungen u. Angriffe der kaiserlich deutschen Regierung haben uns keine andere Wahl gelassen, als zu den Waffen zu greifen, um unsere Rechte als freies Volk und die Ehre einer unabhängigen Regierung zu verteidigen. Die militärischen Gebieter Deutschlands haben uns das Recht streitig gemacht, neutral zu bleiben. Sie haben in unsere nichtsahnenden Städte gefährliche Spione und Verschwörer gesandt, um in ihrem Interesse die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Als sie das Verderbliche ihrer Bemühungen erkannten, versuchten ihre Agenten Verrat zu predigen und unsere eigenen Bürger zum Treubruch zu verleiten — und einige dieser Agenten waren Leute, die der offiziellen Botschaft der deutschen Regierung hier in unserer eigenen Hauptstadt angehörten. Mit Hilfe von Gewalt versuchten sie unsere Industrieen zu zerstören und unseren Handel zu hemmen. Sie versuchten Mexiko gegen uns aufzuhetzen, die Waffen gegen uns zu ergreifen, und Japan in eine uns feindliche Allianz zu verwickeln und das nicht etwa in indirekter Weise, sondern ganz direkt vom Ministerium des Auswärtigen von Berlin aus. In unverschämter Weise wollten sie uns die Benutzung des Ozeans verwehren, und wiederholt haben sie ihre Drohung wahr gemacht, daß sie Jeden von uns, der sich den europäischen Küsten nähern sollte, in den Tod senden würden. Und viele unserer eigenen Leute wurden korrumpiert. Wir begannen, unseren Nachbarn zu mißtrauen und fragten uns, ob es wirklich kein Gemeinwesen mehr gibt, das von feindlichen Intrigiken frei ist. Welche große Nation würde unter ähnlichen Umständen nicht zu den Waffen gegriffen haben? So sehr wir auch den Frieden wünschten, so war er uns nicht vergönnt. Die Flagge, der wir dienen, würde entehrt worden sein, hätten wir anders gehandelt.

„Das aber ist nur eines der Kapitel. Wir wissen jetzt ebenso genau, wie wir es schon wußten, ehe wir selbst hineingezogen wurden, daß wir nicht die Feinde des deutschen Volkes sind. Sie haben diesen entsetzlichen Krieg nicht herbeigeführt und nicht gewünscht, wie sie auch nicht gewollt haben, daß wir hineingezogen werden sollten. Sie befinden sich selbst unter dem Druck jener tückischen Macht, die schließlich ihre häßlichen Krallen nach uns ausgestreckt hat. Die ganze Welt befindet sich im Krieg, weil die ganze Welt sich in den Klauen dieser Macht befindet und nun die große Schlacht kämpft, um die Entscheidung herbeizuführen, und entweder zu unterliegen oder sich zu befreien.

„Der Krieg wurde von den militärischen Gebietern Deutschlands begonnen, die sich auch als Beherrscher Oesterreich-Ungarns erwiesen. Diese Leute haben niemals Nationen als Menschen gleichen Schlages, als Blut von ihrem Blut angesehen, für die Regierungen bestehen und von denen Regierungen ihre Existenz erhalten. Sie haben die Nationen lediglich als dienstbare Organisationen betrachtet, die sie durch Gewalt oder Intriguen je nach Wunsch enutzen konnten. Sie haben besonders die kleinen Staaten und die Völkerschaften, die mit Gewalt niedergezwungen werden konnten, als ihre Werkzeuge betrachtet. Sie sind ganz planmäßig zu Werke gegangen. Die Staatsmänner anderer Nationen, die solche Pläne für unmöglich hielten, zollten ihnen wenig Aufmerksamkeit; sie hielten alles das, was deutsche Professoren in ihren Lehrsälen dozierten oder deutsche Schriftsteller der Welt als Ziel deutscher Politik schilderten, für Träume von Männern, die für praktische Dinge keinen Sinn haben, für bloße Träumereien, an denen die verantwortlichen Herrscher keinen Anteil hatten. Doch die Herrscher Deutschlands wußten ganz genau, welcher Art die Pläne waren, und wie man intriguierte, um die Lehren der Professoren und Schriftsteller zu verwirklichen. Sie waren froh darüber, unbelästigt zu bleiben, besetzten die Throne der Balkanstaaten mit deutschen Fürsten, stellten den Türken deutsche Offiziere zur Verfügung, um die Armeen zu instruieren und die Regierung zu beeinflussen, und waren zu gleicher Zeit bemüht, in Indien und Aegypten Aufruhr und Rebellion zu schüren und in Persien Unzufriedenheit zu stiften. Die von Oesterreich auf Serbien gestellten Forderungen waren nur ein winziges Mädchen in der Maschinerie, die dazu bestimmt war, Europa und Asien, von Berlin bis Bagdad, in Brand zu setzen. Sie hofften, daß diese Forderungen vielleicht Europa unberührt lassen würden, aber sie waren entschlossen, auf die Erfüllung zu dringen, ganz gleich, was daraus geschehen würde, denn sie glaubten, daß sie für den entscheidenden Waffengang bereit seien.

„Ihr Plan war, einen breiten Gürtel deutscher Militärmacht und politischer Kontrolle über ganz Mittel-Europa und über das Mittelmeer bis ins Herz Asiens zu ziehen. Oesterreich-Ungarn sollte ebenso ihr Werkzeug und Pfand werden, wie Serbien, Bulgarien, die Türkei oder die schwerfälligen Staaten des Ostens. Oesterreich-Ungarn sollte tatsächlich ein Teil des deutschen mittel-europäischen Reiches werden und sollte von denselben Elementen und Einflüssen beherrscht werden, die das Deutsche Reich zusammengefügt haben. Der Traum hatte sein Herz in Berlin. Er könnte nirgend wo anders sein Herz gehabt haben. Der Gedanke der Solidarität der Rassen wurde ganz außer Acht gelassen. Der Gedanke, des Selbstbestimmungsrechts der Völker hatte keinen Platz in ihren Berechnungen. Man wollte Rassen und politische Gemeinschaften zusammenbringen, die nur vermittels Gewalt zusammengehalten werden können — Czechen, Ungarn, Kroaten, Serben Rumänen, Türken, Armenier — die stolzen Staaten Böhmen und Ungarn, die kräftigen kleinen Staatsverbände des Balkans, die unbezähmbaren Türken, die geschmeidigen Völker des Ostens. Diese Völker wollten nicht vereint werden. Sie wünschten sehnlichst, ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Nur mit der Androhung von Waffengewalt konnten sie ruhig gehalten werden, und sie warten auf den Tag der Revolution. Doch die deutschen militärischen Staatsmänner hatten damit gerechnet und waren bereit, in ihrer Weise zu handeln.

„Und sie haben tatsächlich den größten Teil dieses schier unmöglichen Planes zur Ausführung gebracht. Lassen wir uns die Dinge betrachten. Oesterreich ist in ihren Händen. Oesterreich hat nicht nach seinem eigenen Willen gehandelt, oder auf den Wunsch seiner Bevölkerung, vielmehr hat es die Gebote Berlins sei Beginn des Krieges befolgt. Die Oesterreicher wollen Frieden haben, können ihn aber nicht eher erhalten, bis Berlin es erlaubt. Die sogenannten Mittelmächte sind tatsächlich nur eine einzige Macht. Serbien ist ihnen völlig auf Gnade und Ungnade ausgeliefert. Bulgarien hat sich ihrem Willen gefügt, und Rumänien ist überwältigt. Die türkischen Armeen, die von Deutschen ausgebildet wurden, stehen in Diensten Deutschlands, und die Geschütze deutscher Kriegsschiffe, die im Hafen von Konstantinopel liegen, erinnern die türkischen Staatsmänner tagtäglich daran, daß sie Ordre von Berlin parieren müssen. Von Hamburg bis zum persischen Meerbusen reicht das Netz.

„Die Sehnsucht nach Frieden, die von Berlin ausgeht, seitdem die Falle gestellt ist, ist nicht leicht zu verstehen. „Friede", „Friede" ist der Ruf des Auswärtigen Amts seit einem Jahr oder mehr, doch erschallt der Ruf nicht aus eigenem Antrieb, sondern aus Anlaß der Nation, über die sie augenblicklich zu triumphieren glauben. Ein wenig von diesem Gerede war öffentlich, aber zumeist geschah es heimlich. Durch alle möglichen Kanäle hörte ich davon, und die Gerüchte tauchten in allen möglichen Vorstellungen auf, aber niemals wurden die Bedingungen genannt, unter denen die deutsche Regierung Frieden acceptieren würde. Jene Regierung hat noch mehr wertvolle Pfänder in Händen außer denen, die ich genannt habe. Deutschland hat noch immer einen wertvollen Teil Frankreichs im Besitz, obwohl dieser Besitz langsam seinen Händen entgleitet, und fast das gesamte belgische Gebiet. Seine Armeen bedrohen Rußland und halten Polen besetzt. Deutschland kann nicht weiter vorwärts, es wagt nicht zurückzugehen. Es möchte die Sache beenden, ehe es zu spät ist, und es hat wenig mehr anzubieten für das Pfund Fleisch, das es fordert.

„Die militärischen Gebieter, unter denen Deutschland verblutet, wissen ganz genau, was das Schicksal für sie in Bereitschaft hat. Falls sie zurückgehen oder nur einen Zoll zurückgedrängt werden, muß ihre Macht außerhalb wie innerhalb Deutschlands wie ein Kartenhaus zusammenbrechen. Und augenblicklich denken sie mehr an ihre Macht zu Hause, als an diejenige außerhalb des Deutschen Reiches. Diese Macht beginnt, ihnen unter den Füßen zu schwinden, und sie fangen zu fürchten an. Nur eine Chance bleibt ihnen, ihre militärische Macht oder wenigstens ihren politischen Einfluß sich zu wahren. Wenn sie jetzt mit den ungeheuren Vorteilen, die sie anscheinend bisher errungen haben, Frieden schließen können, werden sie vor dem deutschen Volk gerechtfertigt sein; sie werden durch Gewalt gewonnen haben, was sie mit Gewalt zu gewinnen versprachen — eine riesige Ausdehnung deutscher Macht, eine ungeheure Ausdehnung deutscher industrieller und kommerzieller Gelegenheiten. Sie haben den Erfolg für sich, und damit haben sie sich ihre politische Macht gesichert. Mißlingen ihre Pläne, dann werden sie vom Volke beiseite geschoben werden; eine Regierung, die dem Volke verantwortlich ist, würde dann in Deutschland errichtet werden, wie es in England, in den Ver. Staaten, in Frankreich und allen großen Ländern der Jetztzeit der Fall ist, ausgenommen in Deutschland. Wenn sie aber triumphieren, dann sind sie sicher, und Deutschland und die ganze Welt wird zu leiden haben; wenn sie unterliegen, dann ist Deutschland gerettet, und die Welt wird wieder Frieden haben. Wenn sie triumphieren, dann ist auch Amerika gefährdet. Wir und die ganze Welt müssen dann gerüstet bleiben, um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein; unterliegen sie, kann die Welt einen Friedensbund bilden, und Deutschland mag eines der Mitglieder sein.

„Haben Sie jetzt diese neue Intrigue verstanden, diese Friedens-Intrigue, und warum die Machthaber Deutschlands nicht zögern, irgend ein Mittel zu brauchen, das Erfolg verspricht und die übrigen Völker täuscht? Ihr Mittel in diesem Augenblick ist, alle Jene zu täuschen, die für die Rechte der Völker und Unabhängigkeit der Nationen eintreten, sie bedienen sich liberal Gesinnter bei diesem Schachzug. Sie benutzen jetzt in Deutschland und außerhalb Männer als Wortführer, die sie bisher verachtet und unterdrückt haben, benutzen sie zu deren eigenen Verderben — Sozialisten, Arbeiterführer, Denker, denen sie bisher Schweigen auferlegt hatten. Und wenn sie triumphieren, werden sie diese Männer, die jetzt ihr Werkzeug sind, unter dem großen militärischen Reich, das sie zu errichten trachten, zermalmen. Die Revolutionäre in Rußland werden von aller Verbindung mit dem westlichen Europa abgeschnitten werden, und eine Gegenrevolution wird bewerkstelligt werden. Deutschland selbst wird seine Gelegenheit, die Freiheit zu erringen, einbüßen, und ganz Europa wird sich für den nächsten und letzten Kampf waffnen.

„Die finstere Intrigue wird hierzulande nicht weniger eifrig gesponnen, als in Rußland und in jedem europäischen Lande, in das die Agenten und die blinden Werkzeuge der kaiserlich deutschen Regierung gelangen können. Die deutsche Regierung hat viele Wortführer hier, in hohen und niederen Stellungen. Sie halten sich innerhalb der Gesetze. Es ist ihre Meinung, die sie jetzt aussprechen, nicht etwa Verrat. Sie proklamieren die liberalen Ziele ihrer Herren; sie behaupten, daß dies ein auswärtiger Krieg ist, der Amerika nicht schädigen kann, weder soweit Territorium in Betracht kommt, noch in seinen freiheitlichen Institutionen. Sie sprechen stets von England und behaupten, daß England darnach trachtet, die ganze Welt zu beherrschen. Sie appellieren an unsere Traditionen, uns nicht in fremde Politik einzulassen, und suchen die Regierung zu untergraben, indem sie Loyalität ihren Prinzipien gegenüber heucheln.

„Doch sie werden nichts erreichen. Die Heucheleien schimmern überall durch. Es sind nur die Freunde und Parteigänger der deutschen Regierung, die wir bereits kennen, die sich dieser schlecht verborgenen illoyalen Handlungen schuldig machen. Die Tatsachen sind der ganzen Welt bekannt, auch in den Ver. Staaten, wo wir gewohnt sind, uns mit Tatsachen zu befassen und nicht mit Sophistereien.

„Und die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß dies ein Volkskrieg ist, ein Krieg für Freiheit und Gerechtigkeit und Selbstregierung für alle Nationen der Welt, ein Krieg, um die Welt sicher für alle Erdenbewohner zu gestalten, die Deutschen nicht ausgeschlossen. Und uns steht es an, die ganze Heuchelei niederzutreten, der brutalen Gewalt die Maske vom Gesicht zu reißen, und der Welt entweder zur Freiheit zu verhelfen oder beiseite zu treten und zuzusehen, wie die Welt nur mit Hilfe von Waffengewalt regiert wird, von der Nation, welche die größten Armeen unterhält und am schwersten bewaffnet ist — eine Macht, die nicht ihres Gleichen in der Geschichte hat, und der gegenüber jede politische Freiheit verdorren und verderben muß.

„Für uns gibt es nur eine Wahl. Wir haben sie getroffen. Wehe dem Mann oder der Gruppe von Männern, die uns in den Weg zu treten wagen. Unser Entschluß, teuer unserem Herzen, ist gefaßt: der Befreiung der Nationen gilt unser Schwur. Wir sind bereit, die Verantwortung vor dem Tribunal der Geschichte, zu tragen. Unsere Flagge soll neuen Glanz erhalten. Wieder einmal wollen w